

manchmal fast feindliches Milieu zu übernehmen“.

Hier stößt das Papier freilich wieder an seine eigenen Grenzen. Es spricht zwar von einem „erheblichen Bruch in der Weitergabe des Glaubens zwischen den einzelnen Generationen“. Viele Familien könnten den Kindern nicht einmal mehr ein religiöses Minimum vermitteln. Eine Gemeinde aber, die ihren Glauben nicht mehr weitergibt, sei im Grunde bereits tot. Aber es zeigt keine Lösungen auf, wie eigentlich aus dieser nicht mehr zu beizulebenden Situation herauszukommen ist, sondern beschränkt sich weitgehend auf die Darstellung der hier eingangs skizzierten Sachbereiche. Es macht nicht deutlich, wie Gemeinden aktiv werden müssen, um die Möglichkeiten der Weitergabe des Glaubens in den verschiedenen Lebensbereichen zu verstärken. Es gibt Andeutungen dazu, aber keine Gesamtperspektive.

Kirche von unten: weg von der Betreuungskirche

Erneut hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) die in der „Initiative Kirche von unten“, (IKvu) zusammengeschlossenen Gruppen zur Teilnahme am 87. Deutschen Katholikentag 1982 in Düsseldorf eingeladen. Wie aus einem Brief des ZdK-Generalsekretärs *Friedrich Kronenberg* vom 5. Oktober hervorgeht, will man aber von einer Beteiligung der Initiative als Mitveranstalter des Katholikentages in der gleichen Form, wie dies bei anderen katholischen Verbänden und Diözesanräten des Laienapostolats geschieht, nach Beratung durch den Geschäftsführenden Ausschuss absehen. Aus dem Brief geht aber auch hervor, daß der Geschäftsführende Ausschuss mit eigenen, außerhalb der Verantwortung des ZdK liegenden Veranstaltungen der Initiative rechnet.

Begründet wird die Entscheidung mit der Entwicklung im *Selbstverständnis der IKvu*: während man die Benennung als „Katholikentag von unten“

Es ist zum Beispiel sicher richtig, den Eltern zu empfehlen, sich selbst mehr des Religionsunterrichts anzunehmen und eine Verstärkung der Gemeindekatechese zu fordern. Aber das sind einzelne Elemente, die nicht erkennen lassen, wie es eigentlich weitergehen soll.

Vielleicht aber weist das Papier wenigstens im Ansatz den richtigen Weg, wenn es feststellt: „Die missionarische Gemeinde zeigt sich im Glaubenszeugnis des einzelnen Christen, der durch seinen vorbildlichen Einsatz werbend und ‚ansteckend‘ in viele Bereiche hineinwirkt, die dem Amtsträger allein oft verschlossen sind. Aber selbst in jeder Predigt und bei allen gottesdienstlichen Handlungen des Amtes (vor allem auch bei Trauungen und Beerdigungen) muß der Glaube so zur Sprache kommen, daß er auch den Kirchendistanzierten etwas von seiner ursprünglichen Kraft vermittelt.“

D. S.

als Affront gegenüber dem Katholikentag habe verstehen können, wende sich die heutige Benennung als „Kirche von unten“ gegen alle, die in Gruppen, Zusammenschlüssen und Gemeinden die Kirche bilden und als solche nicht nur am Katholikentag mitwirken, sondern sich darüber hinaus im Alltag bemühen, die Sendung der Kirche weiterzutragen. Außerdem sei das Zentralkomitee nicht bereit, das Thema „Frieden und Abrüstung, so wie Sie es verstehen, in den Mittelpunkt des Katholikentages zu stellen“. Abzusehen war diese Lösung seit geraumer Zeit: Auf einen Brief, in dem die IKvu Anfang Juli dem ZdK detaillierte Programmpunkte mit Angaben zur jeweils benötigten Raumgröße unterbreitet hatte, reagierte das Zentralkomitee mit dem Hinweis auf zwei Foren des Katholikentages, zu denen die Initiative Kirche von unten einen Vertreter senden könne, hielt aber die Lösung der Raumfrage noch für verfrüht.

Aber nicht nur das Gewicht, das die IKvu der Friedensdiskussion beimißt, trennt sie vom ZdK, die Rede war im Vorfeld der Entscheidung auch vom deutlichen Mißfallen offizieller Kirchenkreise an einzelnen der in der IKvu zusammengeschlossenen Gruppen, so vor allem den „Christen für den Sozialismus“ (CfS) und der Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuK). Zur Initiative schlossen sich die am „Katholikentag von unten“ in Berlin erstmals gemeinsam an die Öffentlichkeit getretenen Gruppen im September 1980 mit dem Ziel zusammen, den *innerkatholischen Aufbruch* fortzuführen.

Der Name sollte anzeigen, daß man sich dem Anliegen einer basiskirchlichen Erneuerung der Kirche verpflichtet sieht. Die Initiative „will den Prozeß innerhalb der verschiedenen ‚kritischen‘ Gruppen, Gemeinden und Initiativen unterstützen und hat eine entsprechend offene Struktur, in der die Eigenständigkeit der Gruppen und der gemeinsame Lern- und Erfahrungsprozeß wichtiger sind als Fragen von Satzung und Mitgliedschaft“ (zit. nach Publik-Forum, 19. 9. 80), hieß es in einer ersten Erklärung. Ein aus neun Vertretern bestehender Koordinationskreis ist für den Informationsaustausch unter den Gruppen und die Organisation von Treffen zuständig. Erklärte Absicht der über 30 Gruppen ist es, „für eine *permanente Erneuerung der Kirche* im Sinne des II. Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode“ ebenso wie für das „*konkret gesellschaftspolitische Engagement der Kirche*“ (Presseerklärung vom 1. 9. 81) einzutreten. Daß der Konsens innerhalb der Initiative bezüglich der innerkirchlichen Stoßrichtung denkbar groß, hinsichtlich der Frage nach Art und Umfang politischer Aktivitäten aber nur mit Mühe zu erzielen ist, wurde auf dem ersten Großgruppentreffen der IKvu deutlich, das vom 11. bis 13. September in Düsseldorf stattfand (vgl. HK, Oktober 1981, 540).

Die Veranstaltung, zu der sich nahezu 300 Teilnehmer in den Räumen eines evangelischen Gemeindezentrums eingefunden hatten, sollte vor allem der Diskussion über „Frieden und Abrü-

stung“ dienen und zur Verabschiedung eines vom Koordinierungskreis vorgelegten *Resolutionsentwurfes zur Friedensarbeit* der IKvu führen. Darin wird die Bundesregierung zur Rücknahme des Nato-Doppelbeschlusses aufgefordert, einseitige Abrüstung des westlichen Bündnisses befürwortet und die Umrüstung der Streitkräfte zu defensiven Armeen sowie das Verbot von Rüstungsexporten verlangt. Unter dem Hinweis, daß es sich nicht um eine Delegiertenversammlung handle, daß somit niemand für seine Gruppe votieren könne und die vorliegende Zweitfassung sowie die beiden zusätzlichen Resolutionsentwürfe zunächst an der Basis diskutiert werden müßten, verhinderten vor allem die stärker mit innerkirchlichen Problemkreisen beschäftigten Teilnehmer die Verabschiedung. Wie groß diese Gruppe innerhalb der Initiative Kirche von unten ist, zeigte sich am Ergebnis einer Abstimmung zum „Krefelder Appell“, bei dem die Befürworter zwar eine Mehrheit, aber nur eine sehr knappe für sich verbuchen konnten.

Daß theologische und politische Meinungsverschiedenheiten und Streitpunkte trotz aller Gemeinsamkeit im Grundanliegen aufbrechen müssen, wird schon angesichts der Vielfalt von Teilnehmergruppen deutlich, deren Spektrum sich grob und mit Überschneidungen in drei Blöcke gliedern läßt: Basisgemeinden, friedens- und entwicklungspolitisch engagierte Kreise und mit innerkirchlichen Fragestellungen befaßte Gruppen. Auf theoretischer Ebene haben vor allem zwei Theologen das Denken der verschiedenen Gruppen geprägt und beeinflusst: *Hans Küng* hat zum Einsatz für die Christenrechte in der Kirche und für neue theologische Reformanstöße angeregt, *Johann B. Metz* die Zusammenhänge der Lebensbedingungen hier und in der Dritten Welt mit dem Plädoyer für eine „nachbürgerliche Basiskirche“ verknüpft. Der Möglichkeit einer weiteren Polarisierung innerhalb der Initiative ist man sich bewußt und versucht ihr mit Geschmeidigkeit in der Willensbildung und der Betonung integrativer Faktoren zu begegnen, verweist aber vor allem darauf, daß es geboten sei, „alle

geistigen und organisatorischen Kräfte zu konzentrieren und falsche Fronten erst gar nicht entstehen zu lassen“ (*Karl-Josef Kuschel*, Keine falschen Fronten, bitte! In: *Publik-Forum*, 21. 8. 81).

Vielfalt wird auch schon in der Ausprägung von *Basisgemeinden und -gruppen* sichtbar, die sich ungeachtet einer gewissen Distanz zur amtlich verfaßten Kirche als Teil der Kirche verstehen. Die Palette der Schwerpunkte reicht von deutlichem politischem Engagement über eine aus charismatischen Wurzeln gespeiste spirituelle Orientierung bis hin zur Entwicklung einer eigenen Gemeinetheologie, und die Organisationsform reicht von der Versammlungsgemeinde bis hin zur regulären Ortsgemeinde. Von einer Imitation lateinamerikanischer Vorbilder ist man in der Regel weit entfernt. Man versucht, eigene Wege zu finden, um die „Betreuungskirche“ (Metz) hinter sich zu lassen und den Begriff „Gemeinde“ mit neuen, individuums- und gruppen-näheren Inhalten zu füllen.

Tragende Elemente für die Artikulierung *innerkirchlicher Problemkreise* sind vor allem das im Dezember 1979 in Tübingen gegründete „Komitee zur Verteidigung der Christenrechte in der Kirche“, die „Arbeitsgemeinschaft von Priester- und Solidaritätsgruppen“ (AGP) und der Kreis „Kirche für unsere Zeit“. Das „Komitee zur Verteidigung der Christenrechte“ versucht, sich „mit einzelnen Kirchenmitgliedern oder mit bestimmten Gruppen von Kirchenmitgliedern zu solidarisieren, die von unterdrückenden kirchlichen Maßnahmen besonders getroffen wurden“ (3. Rundbrief, S. 26) und widmet seine Aufmerksamkeit besonders der Rolle der Frauen in der Kirche, der Situation der Homosexuellen, den Arbeitnehmern, deren Arbeitgeber die Kirche selbst ist, und laisierten Priestern.

Stärker an die Rolle des Priesters in der Kirche ist die AGP orientiert, die aus einer 1968 unter Priestern veranstalteten Umfrage zum Pflichtzölibat hervorging und derzeit etwa 1000 Mitglieder zählt. Im Blickfeld des Kreises „Kirche für unsere Zeit“ stehen u. a. die Forderung nach einer „Öffnung al-

ler kirchlichen Dienstämter für alle Getauften und Gefirmten“, nach einem kircheneigenen Beitragssystem und nach verstärkten ökumenischen Bemühungen sowohl im gottesdienstlichen und auch gesellschaftlich-dia-konischen Bereich.

Von den Gruppen, für die *politisches Engagement* unabdingbarer Bestandteil christlicher Lebensführung ist, nimmt die auch innerhalb der Initiative nicht unumstrittene Bewegung „Christen für den Sozialismus“ zumindest verbal die ideologisch am stärksten fixierte Rolle ein. Entstanden ist die Bewegung in Lateinamerika, 1973 bildeten sich erste Gruppen in der Bundesrepublik. Ihre Arbeitsfelder sehen die CfS auf drei Ebenen: „der politische Bereich umfaßt die Gesellschaftsanalyse und eine daraus resultierende antikapitalistische Praxis, der theologische Bereich zielt auf ein neues Glaubensverständnis auf der Basis einer veränderten befreienden Praxis, im kirchenpolitischen Bereich geht es um eine Analyse vor allem der gesellschaftlichen Rolle der Kirche und eine daraus resultierende Kirchenkritik“ (CfS Selbstverständnispapier, S. 3). Nicht zur Diskussion steht auch für diese Gruppierung die Zugehörigkeit zur Kirche, „weil uns ein ähnlicher Erfahrungshintergrund mit vielen Christen verbindet“ (ebd., S. 7).

Kontrast ohne direkte Konfrontation lautet denn auch die Formel, auf die das Selbstverständnis der IKvu innerhalb der Kirche in Düsseldorf häufig gebracht wurde. Jetzt gehe es darum, so ein Sprecher der Initiative, die eigenen Erfahrungen für andere fruchtbar zu machen, Möglichkeiten aufzuzeigen und die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken; nicht nur der im ZdK vertretene, sondern auch der sich vom ZdK nicht repräsentiert fühlende Katholizismus solle stärker ins Blickfeld rücken. Möglich wird das aber nur sein, wenn die Initiative Kirche von unten Kreativität in der Suche nach neuen Mechanismen der Konsensfindung entwickelt oder aber bestimmte Themenbereiche ausklammert oder jedenfalls nicht forciert, um zentrifugale Kräfte in fruchtbare Prozesse einzubinden.

C. R.